

# USA: Städte und Staaten wollen keine grüne Energie

geschrieben von Chris Frey | 15. März 2025

**Steve Goreham**

Erstveröffentlichung bei [RealClear Energy](#).

Die Maßnahmen der Trump-Regierung zur Einschränkung erneuerbarer Energien sorgen für Schlagzeilen, aber auch die Bürger wehren sich. Die Bemühungen um den Einsatz von Wind- und Solarsystemen stoßen in Städten, Landkreisen und Bundesstaaten auf zunehmenden Widerstand. Die Vorschriften für Elektrofahrzeuge und Elektrohaushaltsgeräte werden angefochten. Die Kombination aus wachsendem lokalen Widerstand und Trumps Finanzierungskürzungen droht den Übergang zu grüner Energie zu beenden.

Die grüne Energierevolution in den Vereinigten Staaten ist in den letzten zwei Jahrzehnten fast ungehindert verlaufen. Angetrieben von der Angst vor der vom Menschen verursachten globalen Erwärmung haben die Bundesbehörden eine wachsende Zahl von Anreizen für erneuerbare Energien in Form von Vorschriften, Steuergutschriften, Darlehen und Subventionen geschaffen. Die Staaten setzten zusätzliche Anreize, um die Einführung von Wind- und Sonnenenergie, Elektrofahrzeugen, Wärmepumpen, grünem Wasserstoff und Systemen zur Abscheidung von Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>) zu fördern.

In dreiundzwanzig Bundesstaaten gibt es Gesetze oder Durchführungsverordnungen, die bis 2050 einen Netto-Null-Stromverbrauch [vorschreiben](#). Die Energieversorgungsunternehmen sind gezwungen, die staatlichen Auflagen zu erfüllen. Seit dem Jahr 2000 sind Wind- und Solarenergie von nahezu Null auf etwa 16 % der US-Stromerzeugung im Jahr 2024 [gestiegen](#), Wind (10,5 %) und Sonne (5,1 %).

Zweiundzwanzig Bundesstaaten haben [Elektroauto-Vorschriften](#) erlassen, die vorschreiben, dass alle Neuwagenverkäufe bis zu einem bestimmten Datum, z.B. 2035, mit Elektroautos ausgestattet sein müssen. Die Verschärfung der CO<sub>2</sub>-Emissionsnormen durch die EPA (Environmental Protection Agency) zwingt die Hersteller, einen immer größeren Anteil an E-Fahrzeugen zu verkaufen. Der Absatz von Plug-in-Elektroautos ist von Null vor zwei Jahrzehnten auf 8 % im letzten Jahr [gestiegen](#).

Klima-Alarm-Befürworter wollen, dass Hausbesitzer von Erdgas- und Propangasgeräten auf Wärmepumpen und andere Elektrogeräte umsteigen. Berkeley, Kalifornien, war 2019 die erste Stadt, die Erdgas im Wohnungsneubau [verbot](#). Städte und Bezirke in sieben Bundesstaaten [verbieten](#) inzwischen Erdgas in Neubauten, darunter ein landesweites

Verbot in New York.

Die Welle von Programmen für erneuerbare Energien, die gefördert und subventioniert wurden, umfasste Ladestationen für Elektrofahrzeuge, CO<sub>2</sub>-Pipelines und grüne Wasserstoffproduktionsanlagen. Aber es wird immer deutlicher, dass viele Städte, Bezirke und Staaten die grüne Energiebewegung nicht mehr unterstützen. Eine wachsende Flut von Widerstand bedroht den Einsatz von erneuerbaren Energien.

Letzten Monat verabschiedete das Repräsentantenhaus von Arizona ein [Gesetz](#), das den Bau von Windkraftanlagen auf mehr als 90 % des Staatsgebietes verbieten würde. Die Gesetzgebung würde neue Windprojekte dazu zwingen, mindestens 19 km von jeder Wohnbebauung entfernt zu sein. Der Gesetzentwurf wird derzeit im Senat von Arizona geprüft.

Oklahoma ist der drittgrößte Stromerzeuger aus Windkraft in den USA. Die Teilnehmer der jüngsten Kundgebungen vor dem Kapitol des Bundesstaates fordern jedoch ein Verbot neuer Wind- und Solarprojekte. Die Anwohner äußern wirtschaftliche, ökologische und gesundheitliche [Bedenken](#) gegen Systeme erneuerbarer Energie.

Der Widerstand gegen Wind- und Solarenergie wächst seit mehr als einem Jahrzehnt und hat sich in letzter Zeit noch verstärkt. Im Jahr 2009 verbot North Carolina neue Windkraftprojekte in 23 Landkreisen. Kentucky erließ 2014 ein wirksames landesweites Verbot für den Bau neuer Windkraftanlagen. Connecticut, Florida, Tennessee und Vermont haben landesweit geltende Verbote erlassen.

Eine [Studie](#) von USA Today aus dem Jahr 2023 ergab, dass die Zahl der Landkreise in den USA mit Beschränkungen oder Verboten für Windkraftanlagen von zwei im Jahr 2008 auf 411 im Jahr 2023 gestiegen ist. Die Zahl der blockierenden Landkreise stieg mit dem [Verbot](#) von Windkraftanlagen vor der Küste und innerhalb einer Meile von der Küste in Florida über 500 im Jahr 2024. Etwa 16 % der US-amerikanischen Landkreise verbieten oder beschränken inzwischen Windkraftanlagen. Mehr als 100 Landkreise schränken den Einsatz von Solaranlagen ein. Die Zahl der Landkreise, die Wind- oder Solaranlagen verbieten, steigt schneller als die Zahl der Landkreise, die zum ersten Mal Wind- oder Solaranlagen errichten.

Der Journalist Robert Bryce hat eine Datenbank mit Ablehnungen von Erneuerbaren Energien entwickelt. Die [Datenbank](#) zeigt eine kumulative Summe von 800 Ablehnungen von Wind- und Solarprojekten in den USA seit 2015. Sie zeigt einen steigenden Trend bei den Ablehnungen, einschließlich eines besonders großen Sprungs bei den Solarablehnungen in den Jahren 2022, 2023 und 2024.

Es gibt viele Gründe für den zunehmenden Widerstand gegen Wind- und Solarprojekte. Die Städte sind besorgt über die ästhetischen Auswirkungen von 180 m hohen Turbinentürmen und riesigen Solarpaneelen, den Verlust von Ackerland durch ausufernde Wind- und Solaranlagen, den

tieffrequenten Lärm von Windturbinen und die Auswirkungen auf die Immobilienwerte in der Umgebung. Bei der Stilllegung von Anlagen fallen große Mengen an **Abfällen** von Turbinenblättern und Solarzellen an, welche die örtlichen Mülldeponien füllen oder zu Deponien in anderen Bundesstaaten transportiert werden müssen.

Wind- und Solarkraftwerke **benötigen** im Vergleich zu Kohle-, Gas- oder Kernkraftwerken mehr als 100 Mal so viel Land für die gleiche durchschnittliche Stromerzeugung. Während sich traditionelle Kraftwerke in der Regel in der Nähe von Städten befinden, sind Wind- und Solarsysteme in großem Maßstab über weite Gebiete verteilt, oft auf Bergkämmen und weit entfernt von Bevölkerungszentren. Daher sind für erneuerbare Energien lange Übertragungsleitungen und zwei- bis dreimal so viele Sendemasten erforderlich wie für herkömmliche Kraftwerke. Auch die Anwohner sind oft gegen den Bau neuer Übertragungsleitungen.

Einige Bundesstaaten haben beschlossen, den lokalen Widerstand gegen Wind- und Solarenergie zu **übergehen**. Ein Gesetz des Bundesstaates Illinois aus dem Jahr 2023 hob die von mehr als der Hälfte der Landkreise des Bundesstaates erlassenen Beschränkungen oder Verbote für Wind- und Solaranlagen auf. Ein **Gesetz** des Bundesstaates Michigan aus dem Jahr 2023 setzte sich ebenfalls über den lokalen Widerstand von mehr als 20 Landkreisen hinweg. In sieben weiteren Bundesstaaten können lokale Widerstände umgangen werden.

Im Jahr 2024 stieg der Absatz von Elektrofahrzeugen in den USA nur um 7 %. Kalifornien und zehn weitere Staaten **schreiben** derzeit vor, dass im Modelljahr 2026 35 % der Neuwagenverkäufe Elektrofahrzeuge sein müssen. Da sich die Akzeptanz von E-Fahrzeugen bei den Verbrauchern verlangsamt, sind diese Ziele für alle Staaten außer Kalifornien unmöglich. Ende 2024 hat Virginia sein EV-Gesetz **aufgehoben**. Es ist zu erwarten, dass auch andere Bundesstaaten dies tun werden.

Wie bereits erwähnt, haben Städte und Landkreise in sieben Bundesstaaten Gasgeräte in Neubauten verboten, aber in den letzten fünf Jahren haben 24 Bundesstaaten **Verordnungen** erlassen, die Verbote von Städten und Landkreisen für Gasgeräte aufheben. Die meisten Staaten wollen, dass Bürger und Unternehmen die Möglichkeit haben, die von ihnen bevorzugte Energieform zu wählen.

## The Current War Over Gas Stoves

The map shows the following distribution:

- Red States (7):** Washington, Oregon, California, Colorado, New York, Massachusetts, and Maryland.
- Yellow States (24):** Idaho, Montana, Wyoming, Utah, Arizona, Nevada, New Mexico, Texas, Oklahoma, Kansas, Nebraska, South Dakota, North Dakota, Minnesota, Iowa, Missouri, Arkansas, Louisiana, Mississippi, Alabama, Georgia, Florida, South Carolina, North Carolina, Virginia, West Virginia, Kentucky, Tennessee, Indiana, Ohio, Michigan, Wisconsin, Illinois, Indiana, Pennsylvania, Delaware, New Jersey, Connecticut, Rhode Island, Vermont, New Hampshire, Maine, and Alaska.

Legend:

- States with City or County Gas Bans (7)**
- States Prohibiting City and County Gas Bans (24)**

Die Versorgungsunternehmen überdenken ihre Pläne für erneuerbare Energien. Die Revolution der künstlichen Intelligenz könnte dazu führen, dass Texas, Virginia und andere Bundesstaaten ihre Stromerzeugungskapazität innerhalb des nächsten Jahrzehnts verdoppeln müssen. Wind- und Solaranlagen können diesen Bedarf nicht decken. Kernkraftwerke werden wieder in Betrieb genommen, die Schließung von Kohlekraftwerken wird verschoben, und mehr als 200 Gaskraftwerke sind in Planung oder im Bau.

Auch Projekte zur Abscheidung von Kohlendioxid und grünem Wasserstoff werden in Frage gestellt. South Dakota hat gerade ein Gesetz unterzeichnet, das die Enteignung von Land für CO<sub>2</sub>-Pipelines verbietet. CO<sub>2</sub>-Abscheidungsprojekte in Louisiana stoßen auf heftigen lokalen Widerstand. Und auch regionale grüne Wasserstoffzentren werden sicher auf Widerstand stoßen.

Angesichts der von Trump vorgenommenen Mittelkürzungen und des zunehmenden lokalen Widerstands gegen erneuerbare Energien könnte das Jahr 2025 der Anfang vom Ende der grünen Energiewende in den Vereinigten Staaten sein.

Steve [Goreham](#) is a speaker on energy, the environment, and public policy and author of the bestselling [book](#) *Green Breakdown: The Coming Renewable Energy Failure*

Link:

<https://wattsupwiththat.com/2025/03/13/towns-and-states-dont-want-green-energy/>

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE